## BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

## Unsere Solidarität mit Israel



LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 14.10.2023

Tagesordnungspunkt: V-DRI Dringlichkeitsanträge

- Wir Grüne verurteilen den terroristischen Überfall der Hamas und weiterer
- 2 Terrororganisationen auf Israel aufs Schärfste und fordern ein sofortiges Ende
- der brutalen Angriffe. Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden
- 4 Entschließungsantrag "Volle Solidarität mit Israel" im Deutschen Bundestag. Wir
- 5 stehen solidarisch und unerschütterlich an der Seite Israels und der in unserer
- 6 Gesellschaft lebenden Jüdinnen\*Juden. Wir gedenken der Opfer und sind voll
- 7 Mitgefühl für die Hinterbliebenen.
- 8 Viele Jüdinnen\*Juden in Deutschland haben Angehörige in Israel und hören seit
- 9 Tagen nichts mehr von ihnen. Das brutale Ausmaß der derzeit auf Israel
- stattfindenden Angriffe sind die tödlichste Gewalt gegen Zivilist\*innen seit der
- 11 Gründung Israels im Jahr 1948. Fest steht, dass der israelische Staat weiter
- alles daransetzen muss, diesen terroristischen Angriff aus dem Hinterhalt mit
- aller Kraft abzuwehren. Wir stehen in voller Solidarität an der Seite Israels.
- Die Menschen vor Ort haben ein Recht auf Frieden. Allerdings ist es nicht
- möglich, in der aktuellen Situation alle Seiten an einen Tisch zu bekommen, weil
- es bei terroristischen Organisationen keine an Gewaltlosigkeit und Frieden
- 17 interessierten Gesprächspartner\*innen gibt. Die Vernichtung Israels und seiner
- 18 Bürger\*innen sind integraler Bestandteil der Ideologie von Hamas, Hisbollah und
- dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir, dass auch die Iranischen
- 20 Revolutionsgarden von der EU als Terrororganisation eingestuft und mit weiteren
- 21 Sanktionen belegt werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die klare
- Haltung der Bundesregierung. Das Ziel ist, die wiederkehrende Gewalt zu beenden,
- 23 sodass den Israelis und Palästinenser\*innen ein Leben in Sicherheit, Freiheit,
- 24 Würde und mit gleichen Rechten möglich ist. Wir begrüßen, dass der Beschluss des
- 25 Bundestages noch einmal zum Ausdruck bringt, dass jegliche Form von
- 26 Terrorunterstützung mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird.
- 27 Die Bundesregierung hat bisher schon regelmäßig und sorgfältig die Mittelvergabe
- 28 für die palästinensischen Gebiete streng evaluiert. Vor dem Hintergrund des
- 29 grausamen Überfalls wird sie diese erneut prüfen. Bis zum Abschluss dieser
- 30 Überprüfung sollen keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden. Alle etwaigen
- 31 ausstehenden Zahlungen werden nicht getätigt werden, mit Ausnahme jener für
- 32 humanitäre Hilfe.
- 33 Angriffe auf Israel bedeuten immer wieder aufs Neue ein Anstieg von Gewalt gegen
- Jüdinnen\*Juden, weltweit und auch hier in Deutschland. Wir verurteilen
- 35 Siegesfeiern und Jubelgesänge auf deutschen Straßen über den terroristischen
- 36 Überfall auf Israel. Eine Verhöhnung der Opfer muss klar verurteilt werden und
- darf nicht folgenlos bleiben. Hass ist keine Meinung. Gegen die Hamas, ihre
- 38 Unterstützer und Vorfeld- und Tarnorganisationen sowie Samidoun muss ein
- 39 Betätigungs- und gegebenenfalls ein Organisationsverbot erlassen werden.

- 40 Jeglicher Form von Terrorunterstützung muss mit der vollen Härte des
- Rechtsstaates begegnet werden. Judenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft
- keinen Platz haben. Es bedarf einer Evaluation der Sicherheitslage unserer
- 43 jüdischen Bürger\*innen und ihrer Einrichtungen in Baden-Württemberg und
- Deutschland. Kurzfristig führt kein Weg daran vorbei, die
- 45 Sicherheitsvorkehrungen gegenüber jüdischen Einrichtungen zu erhöhen.
- 46 Jüdinnen\*Juden haben das verbriefte Recht, frei und ohne Angst in unserer
- 47 Gesellschaft zu leben. Das ist unsere Verantwortung, ihr fühlen wir uns als
- baden-württembergische Regierungspartei zutiefst verpflichtet. Das Schicksal von
- 49 baden-württembergischen Jüdinnen\*Juden ist aufgrund des Terrors und der
- judenfeindlichen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus untrennbar mit
- dem Schicksal Israels verbunden. Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen
- 52 Staatsräson und ist durch nichts zu relativieren.